



Ea: 07-08-25

über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

fu mB.

Der Magistrat

Bürgermeisterin

über
Magistrat

Christiane Hinnerger

und
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

an die Rathausfraktion

4. August 2025

Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 13.11.2024, Nr. 24-F-63-0091 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
Beschluss Nr. 0048

Wie alle öffentlichen Verwaltungen, aber auch Unternehmen steht die Landeshauptstadt Wiesbaden vor strukturellen Herausforderungen, die Auswirkungen auf ihre Handlungsfähigkeit haben. Dazu zählen der demographische Wandel, der bereits spürbare Fach- und Arbeitskräftemangel sowie tiefgreifende Veränderungsprozesse, die mit der Einführung neuer digitaler Technologien einhergehen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist daher gefordert, die eigene Verwaltungsorganisation und verfügbare Ressourcen frühzeitig so auszurichten, dass es gelingt, diese Herausforderungen optimal zu meistern, Chancen des Wandels zu nutzen und so für die Zukunft besser gerüstet zu sein.

Der Oberbürgermeister, der Magistrat sowie die städtischen Gesellschaften haben sich bereits auf diesen Weg gemacht und verschiedene Vorhaben gestartet, andere befinden sich in der Vorbereitung. Zudem liegen - als Ergebnis von Organisationsuntersuchungen sowie aus Rückmeldungen der Führungskräfte - konkrete Hinweise zu Verbesserungspotenzialen sowie Empfehlungen für strukturelle Reformen vor (vgl. dazu Bericht Dezernat II zum Antrag Nr. 23-F-63-0118). Auch diese werden bereits an verschiedenen Stellen innerhalb der Stadtverwaltung angegangen.

Jetzt geht es darum, diese Vorhaben zusammenzuführen sowie zügig und ergebnisorientiert umzusetzen. Dafür sind nötig:

1. Prozesse und Strukturen für eine übergreifende Steuerung, Priorisierung und Ressourcenplanung von Themen.
2. Ressourcen und Kompetenzen für die Umsetzung von Veränderungen.
3. Weitere effektive dezernatsübergreifende Abstimmungen.

Erfolgreich kann ein solcher Veränderungsprozess zudem nur sein, wenn es gelingt, Führungskräfte und Belegschaft inklusive der Personalvertretung einzubinden und den Weg gemeinsam zu gehen. Nur so kann den Bedürfnissen von Arbeitnehmenden Rechnung getragen werden mit dem Ziel, gute Voraussetzungen zu schaffen für eine hohe Mitarbeiterzufriedenheit einerseits und eine leistungsfähige Stadtverwaltung andererseits.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung nimmt positiv zur Kenntnis, dass der Oberbürgermeister, der Magistrat und die städtischen Gesellschaften auf unterschiedlichen Ebenen daran arbeiten, eine künftige Handlungsfähigkeit des Stadtverbunds unter veränderten Rahmenbedingungen sicherzustellen. In Arbeit sind unter anderem:
 - a) Fahrplan für eine digitale Transformation
 - b) Optimierung stadtweiter und fachbereichsübergreifender Prozesse
 - c) Abarbeitung der Aufträge zur Nutzung von Synergien aus den Haushaltsberatungen 2023
 - d) Etablierung einer stadtweiten Zusammenarbeit in den AGs "Stadtverbund" und eine Schärfung der fachlichen Themen dieser AGs
- 2) Die Stadtverordnetenversammlung regt an,
 - a) bereits begonnene sowie geplante Maßnahmen zu bündeln und in eine Projektstruktur zu überführen. Folgende grundsätzlichen Zielsetzungen sollten dabei eine Rolle spielen:
 - i) Stärkung robuster fachbereichsübergreifender Prozesse mit klaren, abgestimmten Verantwortlichkeiten, die einheitlich dokumentiert sind,
 - ii) Stärkung des Prinzips der zentralen Prozessverantwortung,
 - iii) Minimierung von Doppelstrukturen und Redundanzen zur Vermeidung von Schnittstellen innerhalb der Verwaltung,
 - iv) Bündelung von Aufgaben, die zentral und standardisiert erfolgen können,
 - v) Optimierung der Regeln für die Zusammenarbeit über Dezernats- und Ämtergrenzen,
 - vi) Analyse und Optimierung ressourcenrelevanter Prozesse
 - vii) verbesserte Gesamtsteuerung,
 - viii) Schaffung von mehr Synergien und Vermeidung von Doppelstrukturen unter den städtischen Beteiligungen,
 - ix) Konsolidierung der Beteiligungen, sofern sinnvoll,
 - x) Mehr Transparenz und Standards, auch bei Gehältern in den Gesellschaften,
 - xi) Bürokratieabbau,
 - xii) konsequente Serviceorientierung.
 - b) ein extern besetztes Projekt Management Office (PMO) zu etablieren und dafür eine verantwortliche Steuerung in der Verwaltung zu definieren.
 - c) nach dem Vorbild der AG Personal eine AG Moderne Verwaltung zu gründen, mit dem Ziel
 - i) ein Forum des Austauschs für politische Gremien, Personalvertretung und Führungskräfte der Verwaltung zu etablieren
 - ii) regelmäßig über Projektfortschritte zu informieren und sich über etwaige neue Weichenstellungen zu verständigen. Feste Sitzungstermine sollen gemeinsam jeweils zu Beginn des Jahres festgelegt werden.
- 3) Die Stadtverordnetenversammlung stellt für das Projekt Management Office ein Budget von 150.000 Euro (Position 2-15-EHH-neu-001 im HH-Antrag) zur Verfügung, sofern der Magistrat der oben genannten Empfehlung folgt.
- 4) Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 26. März 2025 über die Projektstruktur zu informieren.

Den Antrag beantworte ich wie folgt:

Zu 2a)

In der Sitzungsvorlage 25-V-15-0001, die in der StVV am 3. Juli 2025 behandelt wurde, wurde der *Fahrplan zur digitalen Transformation der Stadtverwaltung Wiesbaden* um zwei Handlungsfelder ergänzt und zum *Fahrplan digitale Transformation und moderne Verwaltung* erweitert. In den acht Handlungsfeldern des Fahrplanes werden die wesentlichen Themen zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Verwaltung aufgenommen und sukzessive abgearbeitet. Diese Zusammenführung nutzt Synergien und schafft die Basis für eine stimmige Kommunikation in die Belegschaft.

Die Arbeitsgruppen aus der Veranstaltung „Stadtverbund“ laufen in 2025 in der bisherigen Struktur weiter und zahlen mit ihren Aktivitäten auf den Veränderungsprozess ein. Insbesondere in der AG *Strategie* mit den drei Fokusthemen Verwaltungstransformation, Wärmewende und Immobilienmanagement sowie in der AG *Zentral /Dezentral* wird an den Fragen einer effizienten Ressourcensteuerung und der Etablierung von zentraler Prozessverantwortung gearbeitet.

Die Einführung verbindlicher IT-Architekturstandards, die einheitliche Gestaltung der Büroflächen im Verwaltungsgebäude GSR 15, die Verortung der Verantwortung für Baumpflege im Amt 67, die Standardisierung des Onboarding Prozesses durch die Ämter 11 und 15 oder die Standardisierung / Automatisierung von Anfragen sind laufende Vorhaben, bei denen eine stärkere stadtweite Harmonisierung oder Bündelung von Aufgaben erfolgt. In der stadtweit genutzten Prozessplattform *picture* lassen sich diese Prozesse abbilden und für alle sichtbar verfügbar machen.

Zu 2b)

Ab September 25 wird seitens Amt 15 eine Person für den Aufbau der Programmsteuerung zur Verfügung stehen. Sie wird sowohl den Ausschreibungsprozess für die Beratung durchführen, als auch innovative Formate zur Beteiligung der verschiedenen Interessensgruppen (Politik, Mitarbeitende, Führungskräfte etc.) initiieren und die Kommunikation steuern. Für die Abstimmung des Vorgehens zwischen den Querschnittsämtern 11 (Personalamt), 15 (Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung) und 20 (Kämmerei) wurde ein operativer Lenkungskreis aufgesetzt.

Zu 2c)

Aufgrund des hier vorliegenden Beschlusses wurde die *AG Personal* zur *AG Personal und moderne Verwaltung* umgewidmet. Dadurch werden zusammenhängende Themen an einem Ort mit politischen Gremien, Personalvertretung und Führungskräften der Verwaltung diskutiert. Das schafft Synergien und optimiert den Zeiteinsatz aller Beteiligten. Für September 2025 ist die konstituierende Sitzung terminiert. In den folgenden Sitzungen für Q4/2025 und Q1/2026 wird über den Sachstand berichtet und diskutiert. Für Q2/ 2026 wird ein Kreativ-Workshop geplant, um die Ideen und Anregungen der Mitglieder der *AG Personal und moderne Verwaltung* in einem passenden Veranstaltungsformat aufzunehmen.

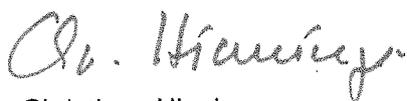
Zu 3)

Mit dem nun vorliegenden Beschluss zum Haushalt 2025 kann die Ausschreibung für eine externe Unterstützung in Angriff genommen werden.

Zu 4)

Im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 26.03.25 wurde ein erster Werkstattbericht zur Ausrichtung und zur angestrebten Projektstruktur vorgestellt.

Mit freundlichen Grüßen



Christiane Hinnerger
Bürgermeisterin